

Grüne: Häupl soll Steinhof retten

Die Proteste gegen die Neubauten auf dem Areal des Otto-Wagner-Spitals am Steinhof werden immer mehr. Nun will Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou (Grüne), dass Bürgermeister Michael Häupl (SP) in der Causa ein Machtwort spricht.

SEITE 20

Am Steinhof

Grün schiebt Rot Schwarzen Peter zu

Stadträtin Vassilakou bringt Bürgermeister Häupl in Verlegenheit: Er soll das Otto-Wagner-Areal vor der Bebauung retten.



FRANZ GRUBER

VON MARTIN GANTNER

Ich verstehe den Zorn der Leute“, sagt Maria Vassilakou. Die Grüne Vizebürgermeisterin und Planungstadträtin reagiert nun auf die seit Monaten anhaltenden Proteste am Otto-Wagner-Areal in Wien-Penzing.

Es sind Menschen wie Karl Melber und dessen Plattform Initiativer Bürger, die seit Monaten gegen geplante Neubauten östlich der zahlreichen Jugendstil-Juwelle wettern. Wie bereits mehrfach berichtet, sollen im Schatten der berühmten goldenen Kirchenkuppel 600 Wohnungen und ein Rehaszentrum gebaut werden (Grafik). Die stadtnahe Wohnbaugesellschaft Gesiba zahlte vor Jahren 8,9 Millionen Euro für 26.000 m² Fläche. Die Krankenhausesgesellschaft Vamed hat mit



FRANZ GRUBER

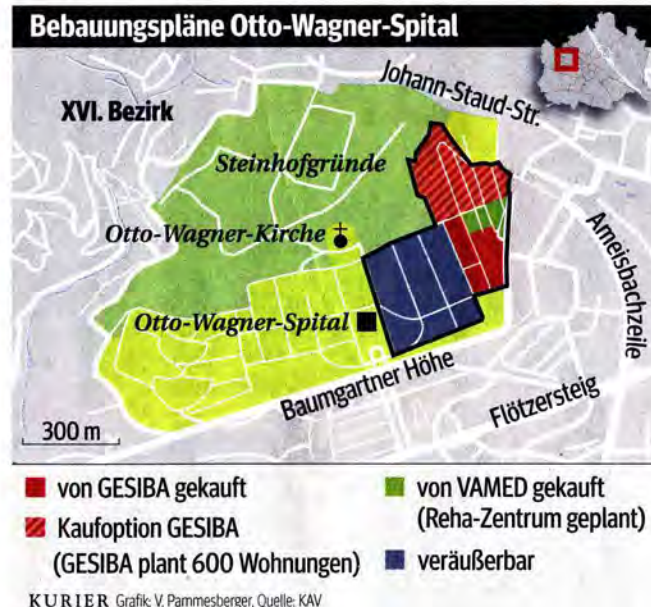
„Mutbürger“ wehren sich gegen die Verbauung des Areals mit Wohnungen und Rehaszentrum

dem Bau des Rehaszentrums schon begonnen. Beinahe täglich verfassen Melber und seine Leute nun Briefe, die sie an den Bürgermeister, an seine grüne Stellvertreterin oder an das Bundesdenkmalamt schicken. Sie warnen davor, dass das bedeutende Ensemble verhandelt wird.

Offenbar erfolgreich, angesichts der grünen Rückendeckung. „Wir waren schon 2006 gegen die Umwidmung und den Verkauf des Areals und daran hat sich nichts ge-

ändert.“ Allerdings, räumt Vassilakou ein: „Rechtlich ist die Sache wasserdicht und abgeschlossen.“

Während die Ökos für das Rehaszentrum Verständnis zeigen, möchten sie bei den Wohnungen doch noch die Reißleine ziehen. „Ich sehe zwei Möglichkeiten: Die Stadt könnte das Areal zurückkaufen beziehungsweise könnten der Gesiba gleichwertige Flächen in anderen Teilen der Stadt angeboten werden.“ Da die neuen Eigentümer im



Naheverhältnis der Stadt stehen, handle es sich um eine politische Entscheidung.

Zweideutig Doch Vassilakou spielt den Ball an die SP weiter: „Eine solch weitreichende und für die Stadt auch kostenintensive Entscheidung könnte nur durch die höchste Instanz, den Bürgermeister, getroffen werden.“

Aus Häupls Büro heißt es zweideutig: „Für das geplante Rehabilitationszentrum für Or-

thopädie wird es keinen Baustopp geben.“ Die 600 geplanten Wohnungen werden nicht erwähnt. Es wird nur auf einen Resolutionsantrag vom November verwiesen. Darin heißt es, angesichts des Bürgerengagements müsse mit „besonderer Sorgfalt“ vorgegangen werden.

Bis heute ließ die Gesiba Politik und Anrainer über das Projekt im Unklaren, heißt es aus dem Rathaus. Bisher wurden keine Pläne bei der Baupolizei eingereicht.